

Um-Frage

BFW-Präsident Rasch zum Konjunkturpaket II: Dies hätte für unsere Branche fatale Folgen

Das Konjunkturpaket II hätte für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaftbranche fatale Folgen, wenn es so beschlossen würde, warnt BFW-Präsident Rasch. Unternehmen, die in den Neubau von Wohnungen investieren, können weder den mit 15 Milliarden Euro ausgestatteten Versorgungsschirm zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft nutzen, noch das KfW-Paket für Unternehmen in Höhe von 100 Milliarden Euro.



„Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft muss sich in der aktuellen Situation insbesondere mit Blick auf ihren strukturbedingten hohen Fremdfinanzierungsanteil darauf verlassen, dass Finanzierungen auch in der weiteren Zukunft möglich bleiben. Sie sind die Voraussetzungen für Investitionen und damit auch Arbeitsplätze. Dass beide Instrumente nicht für wohnwirtschaftliche Investitionen zugänglich sein sollen, ist im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Gesamtbedeutung der Branche unverständlich“, kommentierte Walter Rasch, Präsident des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, Spitzenverband der privaten Immobilienwirtschaft, das zweite Konjunkturpaket.

BFW-Präsident Walter Rasch.

Unternehmen, die in den Neubau von Wohnungen investieren, können, wenn das Konjunkturpaket in der jetzigen Form in der zweiten Februar-Hälfte vom Deutschen Bundestag und dem Bundesrat beschlossen würde, weder den mit 15 Milliarden Euro ausgestatteten Versorgungsschirm zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft nutzen, noch das KfW-Paket für Unternehmen in Höhe von 100 Milliarden Euro.

„Dies hätte für unsere Branche fatale Folgen“, kritisiert Rasch. „Insbesondere für Bau-träger und Projektentwickler haben sich die Zinskonditionen bereits jetzt deutlich verschlechtert, wie eine Umfrage unter unseren Mitgliedsunternehmen im November ergab. Jedes dritte Unternehmen berichtet sogar über Schwierigkeiten, überhaupt Projektfinanzierungen zu bekommen.“

[PDF zur Novemberumfrage Finanzmarktkrise_24.11.08_01.pdf](#)

Pestel: 400.000 Wohnungen fehlen

Investitionen in den Neubau werden damit deutlich erschwert, so Rasch weiter. Dies sei angesichts des historischen Nachkriegsstands an Baugenehmigungen problematisch. Eine im Januar vom Eduard-Pestel-Institut vorgestellte Studie hatte ergeben, dass bis zum Jahr 2025 bundesweit rund 400.000 Wohneinheiten jährlich neu erstellt werden müssten, um den Bedarf am Wohnraum in deutschen Wachstumsregionen zu decken. Gebaut wird derzeit weniger als die Hälfte.

GESICHT ZEIGEN



durch die Kraft der Farbe
und die Dynamik des Lernens

www.designer-architekten.de